Parteiendifferenz in der Waldpolitik. Eine Analyse der deutschen Bundesländer

Ulrich Hartung · Michael Jankowski · Jochen Müller

Eingegangen: 16. Februar 2021 / Überarbeitet: 10. September 2021 / Angenommen: 6. November 2021 /
Online publiziert: 15. Dezember 2021
© Der/die Autor(en) 2021

Zusammenfassung Welche Bedeutung messen die Landesparteien der Waldpolitik bei? Welche Waldfunktionen priorisieren sie? Inwieweit sind ihre Positionen von Parteiendifferenzen geprägt? Um diese Forschungsfragen zu adressieren, führen wir eine textanalytische Auswertung von Landtagswahlprogrammen durch, die im Zeitraum von 1990 bis 2019 veröffentlicht wurden. Unsere Analysen zeigen, dass die Positionen der Parteien nicht nur vom regionalen Kontext geprägt, sondern auch Ausdruck fundamental unterschiedlicher Perspektiven auf die Waldpolitik sind. Wir stellen fest, dass linke Parteien, insbesondere B'90/Grüne, eine schutzorientierte Politik befürworten, wohingegen CDU/CSU und FDP deren nutzorientierte Ausrichtung unterstützen. Bemerkenswert ist ferner, dass die Parteien sehr unterschiedliches Gewicht auf das Politikfeld legen. Während sich CDU/CSU, FDP und die Grünen umfangreich mit Waldpolitik beschäftigen, messen ihr Die Linke, die SPD und vor allem die AfD weniger Bedeutung bei. Veränderungen im Zeitverlauf zeigen sich nur begrenzt: zwar widmen sich die Parteien dem Thema häufiger, es ist aber keine Positionsverschiebung feststellbar, die eine sich verändernde Perspektive auf die Waldpolitik widerspiegeln würde.

Schlüsselwörter Waldpolitik · Bundesländervergleich · Parteiendifferenz · B'90/Grüne · Wordfish

Ulrich Hartung
Verband der Chemischen Industrie, Berlin, Deutschland
E-Mail: hartung@berlin.vci.de

Michael Jankowski
Universität Oldenburg, Oldenburg, Deutschland
E-Mail: michael.jankowski@uol.de

Jochen Müller (✉)
Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: jochen.mueller@hu-berlin.de

Partisan differences in forest policy. An analysis of the German states

Abstract What importance do parties at the German state level attach to forest policy? Which forest functions do they prioritize? To what extent are their forest policy positions shaped by party differences? We address these research questions applying methods of textual analysis to manifestos published between 1990 and 2019. Our study shows that the parties' forest policy positions are not only shaped by the regional context, but also express fundamentally different perspectives on the policy field. We find that left-wing parties, especially Alliance 90/The Greens, advocate a conservation-oriented forest policy, whereas CDU/CSU and FDP support its use-oriented orientation. Moreover, it is noteworthy that the parties put quite different emphasis on this policy field. While the Christian Democrats, the Liberals and the Greens deal more extensively with forest policy, The Left, the SPD and particularly the AfD attach less importance to the topic. Finally, changes over time are only evident to limited extent: although the parties address the topic more frequently, no position shift can be found that would reflect a changing perspective on forest policy.

Keywords Forest policy · Comparative study · Partisan theory · Alliance 90/The Greens · Wordfish

1 Einleitung

Wälder werden in Deutschland multifunktional genutzt und erbringen mit der Nutz-, Schutz-, und Erholungsfunktion wichtige ökonomische, ökologische und soziale Leistungen. Dabei kollidieren allein schon aufgrund der relativ begrenzten Waldflächen in der dicht besiedelten Bundesrepublik bisweilen die Ansprüche an die Wälder. Aufgrund der Kontroversen, die sich immer wieder an der Nutzung der Wälder entzünden, wird dem Politikfeld Waldpolitik ein hohes Konfliktniveau attestiert (Krott 2005, S. 7–13). Hinzu kommt, dass die Konkurrenz um die unterschiedliche Nutzung der deutschen Wälder durch die gravierenden klimabedingten Schäden seit 2018 weiter verschärft und die politische Aufmerksamkeit für diesen Politikbereich insgesamt erhöht wurde (vgl. etwa Frankfurter Allgemeine Zeitung 2019).

Mit der Waldpolitik rückt die Länderebene in das Zentrum des Interesses. Zwar unterliegt ein Großteil des maßgeblichen Bundeswaldgesetzes der konkurrierenden Gesetzgebung – und entfaltet somit unmittelbare Wirkung in den Ländern. Allerdings können die Länder von erheblichen Abweichungsrechten Gebrauch machen, beispielsweise hinsichtlich der Schutz- und Erholungsfunktion von Wäldern (§ 12, 13 BWaldG). Entsprechend haben sich die Länder spezifischere Landeswaldgesetze gegeben. Die Kombination aus beträchtlichen Gestaltungsmöglichkeiten und einem hohen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Interesse an den Wäldern macht die Thematik für politische Parteien zu einem relevanten Betätigungsfeld.

Vor diesem Hintergrund untersuchen wir, wie sich die Landesverbände der deutschen Parteien walddpolitisch positionieren und inwieweit diesbezüglich Parteiendifferenzen konstatiert werden können. Zahlreiche Studien haben wesentliche Einflüsse

von der Zusammensetzung von (Koalitions-)Regierungen auf regionale Politikgestaltung nachgewiesen (vgl. etwa Hildebrandt und Wolf 2016; Sack und Töller 2018). Auch Befunde zur Wald- und Forstpolitik (vgl. Geilhof et al. 2019; Göhrs und Hubo 2018; Göhrs et al. 2021a, b; Hubo und Göhrs i.d.B.) entsprechen der Parteiendifferenztheorie. Wir ergänzen die bisherigen Untersuchungen durch eine Analyse der Programmatik deutscher Landesparteien. Dabei lassen sich aus den Positionen und Schwerpunkten der Parteien durchaus Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der jeweils gebildeten Landesregierung ableiten, wenngleich sie keinen Aufschluss über deren späteres politisches Handeln, etwa im Rahmen gesetzgeberischer Tätigkeit, geben. Die forschungsleitenden Fragen lauten folgendermaßen:

- Welche Bedeutung messen die Landesparteien der Waldpolitik bei? Welche Waldfunktionen priorisieren sie? Inwieweit sind die walddpolitischen Positionen der Landesparteien von Parteiendifferenzen geprägt?

Um diese Fragen zu beantworten, führen wir theoretische Überlegungen zur ideologischen Orientierung von Parteien mit idealtypischen Möglichkeiten der Ausrichtung von Waldpolitik zusammen. Davon ausgehend leiten wir Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der Parteien ab. Zur Überprüfung der Hypothesen ziehen wir Wahlprogramme heran, die zwischen 1990 und 2019 von deutschen Landesparteien verabschiedet wurden. Dabei betrachten wir zum einen die Bedeutung, die walddpolitischen Ausführungen zukommt, und zum anderen die Positionen, die sich aus den entsprechenden Passagen ergeben. Die Positionen werden mit Hilfe des Wordfish-Verfahrens (Slapin und Proksch 2008) extrahiert.

Aus der Analyse ergeben sich recht eindeutige Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich der Salienz der Waldpolitik und den jeweils eingenommenen Positionen. Wir stellen fest, dass die Programmatik primär durch das Spannungsverhältnis zwischen Schutz- und Nutzfunktion geprägt ist, welches im Kern mit dem grundlegenden Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie korrespondiert, der auch für andere umweltpolitische Themen prägend ist. Der Kontext hingegen beeinflusst vor allem, ob die Texte walddpolitische Passagen enthalten. Darüber hinaus zeigt sich, dass Parteien das Thema verstärkt aufgreifen.

Der Beitrag ist wie folgt gegliedert. Im zweiten Abschnitt erläutern wir, warum Parteiendifferenzen in der Waldpolitik bedeutsam sein sollten und welche walddbezogenen Konflikte dem zugrunde liegen. Darauf aufbauend entwickeln wir vier zentrale Hypothesen. Im dritten Abschnitt beschreiben wir unser Vorgehen hinsichtlich der Datengenerierung und -auswertung, bevor wir die Ergebnisse der Analysen im vierten Abschnitt präsentieren und diskutieren. Im fünften Abschnitt ziehen wir ein Fazit und diskutieren weitere Möglichkeiten zur Erforschung von Parteiendifferenzen auf Länderebene.

2 Theoretische Überlegungen

Ausgangspunkt unseres Beitrags ist eine mittlerweile etablierte Forschungsagenda zur Parteiendifferenz auf Länderebene, die im Kern darauf abzielt, den Einfluss von Parteien auf staatliches Handeln zu untersuchen (vgl. Hildebrandt und Wolf 2016;

Sack und Töller 2018). Maßgeblich für diesen Forschungsstrang ist die Identifikation (möglicher) programmatischer Unterschiede zwischen Parteien und (Koalitions-)Regierungen in Bezug auf bestimmte Streitfragen oder Politikfelder. Dabei wird zur Erklärung von Unterschieden in der Staatstätigkeit zwischen den Bundesländern teils auf die parteipolitische Zusammensetzung von Regierungen und teils auf (politikfeldspezifische) Positionen zurückgegriffen. Solche Parteieneffekte wurden bereits in mehreren Politikbereichen nachgewiesen, die der Waldpolitik nahestehen, etwa in der Umwelt- (Knill et al. 2010; Töller 2017) und der Agrarpolitik (Ewert et al. 2018). So haben etwa Ewert et al. (2018) für die agrarpolitischen Positionen deutscher Landesregierungen gezeigt, dass diese nicht nur einen Paradigmenwechsel abbilden, sondern auch davon abhängen, wer jeweils an der Regierung beteiligt ist. Konkret wird das Paradigma der Nachhaltigkeit und Multifunktionalität über die Zeit bedeutsamer, gleichzeitig versuchen insbesondere die Grünen diese Position in Koalitionsabkommen zu verankern.

Diese hervorgehobene Rolle von B'90/Grüne haben Studien in jüngerer Vergangenheit auch hinsichtlich der Forstwirtschaft festgestellt (Geilhof et al. 2019; Göhrs und Hubo 2018; Göhrs et al. 2021a, b; Hubo und Göhrs i.d.B.). So können Geilhof et al. (2019) zeigen, dass Länder, in denen B'90/Grüne an Regierungen beteiligt sind, die Zertifizierung der staatlichen Forstwirtschaft nach FSC zusätzlich zu den bereits früher von verschiedenen Regierungskonstellationen großflächig eingeführten PEFC-Zertifizierung durchführen bzw. verfolgen. Darüber hinaus konstatieren die Autor:innen nicht nur in programmatischer Hinsicht, sondern auch hinsichtlich der Umsetzung konkreter Policies, klare Parteidifferenzen. Außerdem stellen Geilhof et al. (2019, S. 178) ein resolutes Eintreten von B'90/Grüne als Koalitionspartner für die Forstzertifizierung fest. Auch die von Hubo und Göhrs (i.d.B.) zutage geförderten Ergebnisse sind in hohem Maße anschlussfähig für die vorliegende Studie. Schließlich zeigen die Autor:innen für die Waldnaturschutzpolitik der Länder, dass der in den vergangenen Jahren beobachtbare Politikwandel in Richtung einer deutlich stärker ausgeprägten Berücksichtigung des Naturschutzes in der Waldpolitik der Länder mit der zunehmenden Übernahme von Landesregierungen durch B'90/Grüne und SPD erklärt werden kann. Der Befund der Parteidifferenz ist überdies noch robuster, wenn berücksichtigt wird, dass einzelne entgegengesetzte Entwicklungen mit dem politischen Einfluss von CDU und FDP erklärbar sind (Hubo und Göhrs i.d.B., siehe auch Göhrs et al. 2021a, b).

Vor dem Hintergrund dieses Forschungsstandes argumentieren wir zunächst, dass die Präferenzen der Parteien hinsichtlich der Ausgestaltung von Waldpolitik Ausdruck ihrer ideologischen Ausrichtung sind. Das Konzept der Parteiideologien hat sich vielfach als besonders erklärungsmächtig dahingehend erwiesen, ob Parteien bestimmte Politikfelder oder singuläre politische Themen als politisch bedeutsam erachten und entsprechende Politikangebote entwickeln (Green-Pedersen 2019). Demnach ließe sich, ausgehend von der ideologischen Prägung einer Partei, darauf schließen, wie sich diese zu waldpolitischen Fragen verhält.

Die Forstpolitik stellt aufgrund vielfältiger konkurrierender Interessen sowie zahlreicher Überschneidungen mit anderen Politikbereichen, insbesondere der Agrar-, Naturschutz-, Handels-, Klima- und Energiepolitik, einen Politikbereich dar, welcher von hohen Anforderungen an politikfeldübergreifende Koordination geprägt ist

(Böhling 2018, S. 50). Wir kondensieren diese empirische Komplexität und fokussieren auf idealtypische Möglichkeiten zur Ausgestaltung von Waldpolitik. Zur Konzeptualisierung ziehen wir das Gesetz zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung der Forstwirtschaft (Bundeswaldgesetz) heran. Von Bedeutung in dieser Hinsicht ist der erste Gesetzeszweck, wonach die Wälder aufgrund ihres wirtschaftlichen Nutzens (Nutzfunktion), ihrer Bedeutung für Umwelt und Klima (Schutzfunktion) sowie für die Erholung der Bevölkerung (Erholungsfunktion) erhalten und gesichert werden sollen.¹

Die Nutzfunktion bezieht sich auf die wirtschaftliche Nutzung von Wäldern, die Holz als Rohstoff für diverse ökonomische Aktivitäten liefern. Dies meint unter anderem die Verarbeitung von Holz als Baustoff, die Weiterverarbeitung durch die Möbel- und Papierindustrie und die Nutzung zur Energiegewinnung. Die Schutzfunktion bezieht sich auf die nachhaltige Sicherung der Naturgüter des Ökosystems Wald, das durch die Bindung von Kohlendioxid dafür sorgt, dass der Treibhauseffekt vermindert wird. Durch Wälder können außerdem Erosionen und Lawinen verhindert sowie Biotope und Arten erhalten werden. Ähnlich wie bei der Nutzfunktion ist hier davon auszugehen, dass die gesellschaftliche wie politische Aufmerksamkeit, die den einzelnen Aspekten zukommt, regional und auch über die Zeit variiert. Die Erholungsfunktion schließlich bezieht sich auf in Wäldern mögliche Erholungsaktivitäten wie Spaziergehen oder Wandern (vgl. Bürger-Arndt 2013).²

Wir konzentrieren uns im Folgenden auf die Schutz- und Nutzfunktion. Zwar thematisieren Parteien die Erholungsfunktion der Wälder, insbesondere dort, wo der Tourismus eine größere Rolle spielt, gleichwohl lassen sich keine klaren Erwartungen ableiten, die auf systematische Unterschiede in der programmatischen Orientierung abheben. Das Verhältnis zwischen Schutz- und Nutzfunktion hingegen korrespondiert im Kern, so unsere Annahme, mit dem grundlegenden Konflikt zwischen Ökologie (Schutz) und Ökonomie (Nutzung). Angesichts der grundlegenden Konkurrenz zwischen diesen zwei Funktionen erwarten wir, dass die Parteien eine von beiden gegenüber der jeweils anderen priorisieren. Entsprechend sollte es möglich sein, Erwartungen hinsichtlich der waldpolitischen Präferenzen der Parteien aus deren Verortung auf den zentralen Konfliktdimensionen abzuleiten.

Dieses dichotome Konzept lässt sich überdies damit substantiieren, dass, basierend auf empirischen Beobachtungen der amerikanischen Forstpolitik, konkrete Akteursbezüge hergestellt werden können. Sabatier et al. (1995) differenzierte hinsichtlich der Walddnutzung im Kern zwischen „commodity“-Koalitionen und „amenity“-Koalitionen. Erstere bestanden aus klassisch ausgebildeten Förster:innen, der Holzindustrie und lokalen Politiker:innen walddreicher Gebiete. Diese Akteure traten

¹ Dem Bundeswaldgesetz zufolge soll zweitens die Forstwirtschaft gefördert und drittens ein Ausgleich zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Belangen der Waldbesitzer:innen herbeigeführt werden (§ 1 Abs. 1 BWaldG).

² Über das Konzept der Waldfunktionen hinaus spielt das neuere Konzept der „Ökosystemleistungen“ eine immer bedeutsamere Rolle für die Bewertung von Wäldern und Forsten (Bürger-Arndt 2013). Das Konzept wurde entwickelt, um die Vielzahl an Leistungen von Ökosystemen sowie die Bedeutung von Biodiversität zu erfassen und ist damit auf Wälder und Forste anwendbar. Das Konzept wurde mittlerweile breit in der Naturschutzpraxis aufgegriffen, beispielsweise im Rahmen der Nationalen Strategie zur biologischen Vielfalt als auch der EU-Biodiversitätsstrategie 2020 (ebd.).

für eine umfangreiche Nutzung der Wälder ein und lassen sich somit der Nutzenfunktion zuordnen. Die zweite Koalition setzte sich aus Umweltgruppen, „Nicht-Förster:innen“ im *US Forst Service* und Politiker:innen zusammen (Winkel 2007, S. 199). Diese Gruppen strebten eine Ökologisierung des Waldmanagements an und können somit der Schutzfunktion von Wäldern zugeordnet werden.

Die heutige Konfliktstruktur und die Gegensätze im deutschen Parteiensystem lassen sich – auch in den Bundesländern – anhand zweier Dimensionen abbilden (vgl. Pappi und Shikano 2002; Bräuninger et al. 2020, S. 55–59). Dabei handelt es sich um eine wirtschafts- und sozialpolitische Dimension und um eine gesellschaftspolitische Dimension. Beide Dimensionen zusammengekommen ermöglichen es, die ideologische Grundorientierung von Parteien vereinfacht zu erfassen (Bräuninger et al. 2020, S. 69–77). Die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und die Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU) verbinden, vereinfacht gesprochen, konservative Werte mit einem Eintreten gegen umfassende Umverteilung und staatliche Eingriffe in das Wirtschaftsleben. Die Alternative für Deutschland (AfD) steht in gesellschaftspolitischen Fragen rechts außen, in ökonomischen Fragen ist sie ungleich schwerer zu verorten. Zum einen ist die zum Zeitpunkt ihrer Gründung eher marktliberale Partei in den letzten Jahren tendenziell in die Mitte gerückt. Zum anderen legt sie vielfach kein großes Gewicht auf entsprechende Themen bzw. verknüpft diese mit migrationspolitischen Aspekten. Die FDP nimmt insofern eine besondere Rolle ein, als ihre marktliberale Haltung mit eher progressiven gesellschaftspolitischen Haltungen zusammenfällt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) nimmt auf beiden Dimensionen moderate Positionen ein. Die beiden anderen Parteien des linken Spektrums – B'90/Grüne und Die Linke – nehmen gesellschaftspolitisch noch progressivere Positionen als die SPD ein, wobei sich lediglich aus der Programmatik der Linken eine signifikant stärker ausgeprägte Offenheit für staatliche Interventionen in das Wirtschaftsgeschehen ergibt.

Führen wir nun unsere Überlegungen zur ideologischen Orientierung der Parteien mit den beiden idealtypischen Möglichkeiten der Ausgestaltung von Waldpolitik – der Betonung der Schutz- oder der Nutzfunktion – zusammen, dann können wir Hypothesen hinsichtlich deren programmatischer Positionierung zu diesem Politikfeld ableiten.

Von den Parteien, die in ökonomischen Fragen rechts der Mitte stehen – CDU/CSU, FDP und AfD – erwarten wir, dass sie zu einer nutzorientierten Waldpolitik tendieren. Dies entspricht auch bisherigen Befunden zur Ausrichtung der Parteien im Politikfeld (Göhrs und Hubo 2018; Göhrs et al. 2021b). Ausgehend von der Fokussierung auf wirtschaftliche Prosperität, sollten sie die wirtschaftliche Nutzung von Wäldern sowie die vielfältigen auf Holz basierenden Wirtschaftsaktivitäten priorisieren. Das kann, muss aber nicht damit begründet sein, dass sich die Wirtschaftskraft wesentlich über die Höhe der Steuereinnahmen bestimmt, welche wiederum die Erbringung staatlicher Leistungen bedingen. Außerdem stellen Wirtschaftsaktivitäten die zentrale Grundlage für Beschäftigung dar und tragen somit zum sozialen Frieden von Gemeinwesen bei. Rechte Parteien sollten mithin waldpolitische Ziele verfolgen, welche die dauerhafte Verfügbarkeit des Rohstoffs Holz als Grundlage für wirtschaftliche Aktivitäten sicherstellen. Insgesamt sollten Wälder und Forste

von rechten Parteien als wichtige ökonomische Ressourcen begriffen werden, deren wirtschaftliche Nutzung priorisiert wird. Daraus leiten wir folgende Hypothese ab:

H1 CDU/CSU, FDP und AfD vertreten eine Waldpolitik, die an der Nutzfunktion von Wäldern ausgerichtet ist.

Von den linken Parteien – SPD, B'90/Grüne und Die Linke – erwarten wir, dass sie zu schutzbezogenen Programmatiken tendieren. In diesem Spektrum rücken ökonomische Zielsetzungen in den Hintergrund und werden um postmaterialistische Werte sowie Instrumente des Umwelt-, Natur- und Klimaschutzes ergänzt (Inglehart 1977). Welche Relevanz die Landesverbände linker Parteien der Schutzfunktion beimessen, kann dabei von spezifischen Problemlagen bestimmt werden, welche auf globale bis hin zu regionalen Entwicklungen zurückzuführen sein können. Beispielsweise wirken Wälder dem Klimawandel entgegen, da sie der Atmosphäre Kohlendioxid entziehen. In dem Maße, in dem sich linke Parteien aufgrund ihrer postmaterialistischen Prägung für Maßnahmen gegen den fortschreitenden Klimawandel einsetzen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie die Schutzfunktionen von Wäldern betonen. Außerdem könnten linke Parteien im regionalen Maßstab etwa durch problematische Wasserhaushalte dazu motiviert werden eine schutzorientierte Politik zu verfolgen; schließlich tragen Wälder wesentlich zur Regulierung der Wasserhaushalte bei und sind deswegen von zentraler Bedeutung für die Trinkwasserversorgung. Welche waldbezogenen Güter als schützenswert eingestuft werden, kann somit zwischen den linken Parteien variieren. Gleichwohl sollten sie durch eine allgemeine Präferenz zur Schutzfunktion gekennzeichnet sein. Auf Basis dieser Überlegungen leiten wir die zweite zentrale Hypothese ab:

H2 SPD, B'90/Grüne und Die Linke vertreten eine Waldpolitik, die an der Schutzfunktion von Wäldern ausgerichtet ist.

Seit den frühen Jahren der Bundesrepublik reklamierten ökonomische Interessen eine Führungsrolle hinsichtlich der Waldnutzung, welche ihnen seitens der politischen Entscheidungsträger:innen in der Regel auch eingeräumt wurde. Das erste große „Waldsterben“ zu Beginn der 1980er löste in der breiten Gesellschaft und Teilen der politischen Landschaft jedoch einen erheblichen Bewusstseinswandel aus (Metzger 2015). Wälder sollten zukünftig besser geschützt und weniger rein ökonomisch ausgebeutet werden. Mit dem fokussierenden Ereignis formierte und erstarkten auch Die Grünen, die sich intensiver als die anderen Parteien zu dieser Zeit, für den Schutz von Wäldern und gegen die einseitige Konzentration auf die Nutzfunktion engagierten (Probst 2013). In den Folgejahren wurden die deutschen Wälder zwar weiterhin in hohem Maße wirtschaftlich genutzt, jedoch nahm die gesellschaftliche und auch politische Wertschätzung der Schutz- und Erholungsfunktion im Lauf der Dekaden zu (Meyer et al. 2011; Göhrs und Hubo 2018). Dies gilt in besonderem Maße, seit die Klimadebatte eine prominente Rolle in der politischen Auseinandersetzung einnimmt und Wälder als Erholungsräume für die Bevölkerungen urbaner Räume sowie für touristische Zwecke an Bedeutung gewonnen haben (Spielvogel 2008). Wir erwarten, dass sich die Veränderung der Debatte zur Waldnutzung, die zumindest mit einer stärker ausgeprägten Kritik an der Fokussierung auf die Nutzfunktion einherging, in der Programmatik der Parteien niederschlägt.

Wenn umweltpolitische Themen – wie etwa die Schutzfunktion von Wäldern – für die Bevölkerung bedeutsamer werden, wird dies von den Parteien abgebildet (Spoon et al. 2014). Davon ausgehend leiten wir folgende Hypothese ab:

H3 Die Parteien vertreten zunehmend eine Waldpolitik, die an der Schutzfunktion von Wäldern ausgerichtet ist.

Die bislang formulierten Hypothesen beziehen sich auf die Positionierung der einzelnen Parteien in der Waldpolitik. Abhängig von ihrer ideologischen Ausrichtung sollten sie eine Position vertreten, die eher an der Nutz- oder an der Schutzfunktion von Wäldern ausgerichtet ist. Allerdings unterscheiden sich politische Parteien nicht nur hinsichtlich der Positionen. Unterschiede sind auch in Bezug auf ihre Themenschwerpunkte zu erwarten. Diese sind geprägt von den Wurzeln der Parteien und Ausdruck ihres jeweiligen Markenkerns; aber durchaus auch veränderbar, etwa aufgrund strategischer Erwägungen mit Blick auf den Wettbewerb um Wählerstimmen (Green-Pedersen 2007; De Sio und Weber 2014).

Hinsichtlich der Waldpolitik sollten es vor allem B'90/Grüne sein, die diesem Politikfeld größere Bedeutung beimessen als die übrigen Parteien (Spoon et al. 2014). Eine Betonung des Themas ergibt sich bereits aus der Bedeutung der Umweltbewegung für die Partei (Probst 2013). Wie mit natürlichen Ressourcen umzugehen ist, beschäftigt die Partei seit jeher. Dass es Grenzen des Wachstums gibt und ökonomische Interessen im Zweifel zurückstecken müssen, ist Teil des Markenkerns grüner Parteien. Dass B'90/Grüne der Darstellung waldpolitischer Problemlagen und Lösungsstrategien besondere Bedeutung beimessen und sich für die verbindliche Festschreibung von forstpolitischen Zielen, jenseits der ökonomischen, einsetzen, ist auch Konsequenz ihrer ausführlichen Beschäftigung mit dem Klimawandel (B'90/Grüne 2020). Dessen Prominenz in der Argumentation der Partei sollte, unter anderem, mit einer im Vergleich zu anderen Parteien generell stärkeren Auseinandersetzung mit der Waldpolitik – also über spezifische Aspekte wie der des Waldnaturschutzes oder der FSC-Zertifizierung (Göhrs und Hubo 2018; Geilhof et al. 2019; Hubo und Göhrs i.d.B.) – hinaus einhergehen. Zudem stellt Waldpolitik eine Thematik dar, welche für B'90/Grüne in elektoraler Hinsicht höchst interessant ist. Denn die Bedeutung umweltpolitischen Fragen ist für ihre Wählerschaft – bei zugleich recht homogenen Positionen – unstrittig (Probst 2013).

H4 B'90/Grüne messen der Waldpolitik in ihrer Programmatik größere Bedeutung bei.

3 Methoden und Daten

Um die theoretischen Erwartungen empirisch zu überprüfen, haben wir einen Datensatz erstellt, welcher Textabschnitte zum Thema Waldpolitik umfasst, die zwischen 1990 und 2019 in Wahlprogrammen zu Landtagswahlen enthalten waren. Dabei berücksichtigen wir grundsätzlich die Wahlprogramme aller Parteien, die jeweils in das

Landesparlament einziehen konnten.³ Für die Landesverbände der aktuell (2021) im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien werden grundsätzlich alle Wahlprogramme ausgewertet, auch wenn diese bei der entsprechenden Wahl nicht erfolgreich waren. Für diese Parteien liegen praktisch für den gesamten Untersuchungszeitraum Wahlprogramme vor. Einzige Ausnahmen, neben einzelnen kleineren Parteien, sind die ehemalige PDS und die AfD. Während letztere erst 2013 gegründet wurde, trat erstere, bevor sie 2007 in der Linken aufging, in den westdeutschen Bundesländern nicht kontinuierlich zu Wahlen an. Insgesamt ergibt sich ein Datensatz mit 562 Beobachtungen.

Ergänzt wird dieser Datensatz durch Strukturvariablen zu den Bundesländern, welche als Indikator für die Relevanz der Waldpolitik bzw. einzelner Waldfunktionen in den Ländern dienen können. Zum einen ist davon auszugehen, dass Waldpolitik dort seltener thematisiert wird, wo die Wälder bzw. die Forste flächenmäßig – und in der Konsequenz ökonomisch und politisch – weniger bedeutsam sind. Erfasst wird dies zum einen über den Anteil der Waldfläche an der gesamten Bodenfläche (Statistisches Bundesamt 2021). Die entsprechenden Werte sind über die Zeit vergleichsweise stabil. Um jedoch Trends näherungsweise zu erfassen, wurden auf Basis der Werte für 2008 und 2017 Werte für den gesamten Untersuchungszeitraum interpoliert. Zum anderen geht eine Dummy-Variable in die Analyse ein, welche die drei Stadtstaaten identifiziert. Berlin, Bremen und Hamburg weisen jeweils nicht nur unterdurchschnittlich große Flächen auf, auch ihre spezifische Siedlungsstruktur sowie Merkmale der jeweiligen Waldgebiete bedeuten, dass einzelne Waldfunktionen, aber auch Waldpolitik grundsätzlich, von nachrangiger Bedeutung sein sollten. Mit einer weiteren binären Variablen identifizieren wir zudem Parteien aus den neuen Bundesländern. Einerseits aufgrund systematischer Unterschiede in der ideologischen Ausrichtung der Parteien aus beiden Landesteilen (Bräuninger et al. 2020, S. 200), andererseits, und damit zusammenhängend, weil sich die Wertvorstellungen in der Bevölkerung systematisch unterscheiden.

Zwei weitere unabhängige Variablen sollen länderspezifische Problemlagen und Anreizstrukturen abbilden. Die erste dieser Variablen erfasst die Naturnähe der Baumartenzusammensetzung, wie sie sich aus der zweiten (2002) und dritten (2012) Bundeswaldinventur ergibt (BMEL 2016). Die Werte zeigen an, wie hoch im jeweiligen Bundesland der Anteil der Waldfläche ist, bei der die Zusammensetzung der Baumarten sehr naturnah oder naturnah ist.⁴ Die zweite Variable spiegelt den Waldzustand wider. Die Bundesländer waren und sind in sehr unterschiedlichem Maße von Ereignissen betroffen, welche die Wälder schädigen, beispielsweise durch Stürme, Dürren und einen damit zusammenhängen Insektenbefall sowie durch Waldbrände. Entsprechende Schäden können dazu führen, dass sich politische Parteien der Thematik in ihren Wahlprogrammen annehmen und politische Maßnahmen prä-

³ Zugriff zu den Texten erfolgte über das Datenarchiv „Political Documents Archive“ (<http://polidoc.net>, vgl. Benoit et al. 2009; Bräuninger et al. 2020).

⁴ Für die Jahre zwischen den Waldinventuren wurde interpoliert, für die Jahre vor 2002 werden die Werte der zweiten Waldinventur, für die Jahre nach 2012 die Werte der dritten Waldinventur verwendet. Bei den Bundeswaldinventuren wurden Informationen zu Brandenburg und Berlin sowie Bremen, Hamburg und teils Niedersachsen zusammengefasst. Wir nutzen die entsprechenden Werte um jeweils beide Bundesländer zu beschreiben.

sentieren, um diesen Herausforderungen zu begegnen. Die Variable basiert auf der jährlich durchgeführten Waldschadensinventur und zeigt den Anteil der Bäume an, die im jeweiligen Bundesland mindestens „mittelstark geschädigt“ waren. Sie bildet sowohl langfristige Entwicklungen wie den Klimawandel oder auch die Erholung ostdeutscher Waldflächen in den 1990ern, als auch Extremwetterereignisse, wie die Hitzewelle im Sommer 2003, ab.⁵

Die in den Wahlprogrammen enthaltenen, walddpolitisch relevanten Textabschnitte wurden durch eine an Schlüsselwörtern orientierte, qualitative Herangehensweise identifiziert (Mayring 2000). Hierbei wurden die Dokumente zunächst manuell hinsichtlich der Wörter „Wald“, „Wälder“ und „Forst“ durchsucht, um anschließend auf der Basis von Kontextwissen Textpassagen zu extrahieren, die für diese Analyse relevant sind. Die nicht-automatisierte Erfassung der Textausschnitte erwies sich als besonders zielführend, da sie das Risiko, Aussagen, die keinen direkten Bezug zur Waldpolitik aufweisen, in die Analyse aufzunehmen, erheblich reduziert. Nicht berücksichtigt wurden Aussagen, die in Passagen zu verwandten Themen integriert waren, wie etwa Ausführungen zu Waldpädagogik oder Waldkindergärten in Abschnitten zur Bildungspolitik, oder die nur Halbsätze umfassten.

Aus den identifizierten Textabschnitten werden die Positionen der Parteien zur Waldpolitik geschätzt. Hierfür nutzen wir das im Bereich der quantitativen Textanalyse gängige Verfahren „Wordfish“ (Slapin und Proksch 2008; Proksch und Slapin 2009). Bei Wordfish handelt es sich um ein vollständig automatisiertes Verfahren der Textanalyse, welches die dominante latente Dimension in Texten basierend auf Worthäufigkeiten extrahiert. Slapin und Proksch (2008) können hierüber beispielsweise zeigen, dass Wordfish in der Lage ist, das politische Links-Rechts-Spektrum der deutschen Parteienlandschaft ausschließlich über die unterschiedlichen Worthäufigkeiten in den Parteiprogrammen zu replizieren. Wordfish bietet sich daher an, um politische Positionen aus politischen Texten zu extrahieren, basierend auf der Annahme, dass die primäre Variation in der Nutzung von Wörtern durch unterschiedliche inhaltliche Positionen begründet wird.⁶ Hierin liegt somit auch die zentrale (potenzielle) Schwachstelle von Wordfish: Das Verfahren extrahiert nur die dominante Dimension, welche die Worthäufigkeiten beeinflusst, unabhängig davon, ob diese eine klare inhaltliche, d. h. ideologische, Bedeutung hat (Grimmer und Stewart 2013, S. 293). Wie bei solchen nicht-überwachten Skalierungsverfahren üblich, erfolgt die Interpretation der geschätzten Dimension *ex-post*, also erst nachdem diese berechnet wurde. Ob sich in den Texten die angenommenen Dimensionen der Waldpolitik finden, ist auf Basis der Worte, die dem Wordfish-Modell zufolge besonders auf sie laden, zu klären.

Wir schätzen das Wordfish-Modell mittels des R Packages *quanteda.textmodels* (version 0.9.1) und nutzen zur Aufbereitung der Texte in R das *quanteda* Package

⁵ Die Daten werden von der Länderinitiative Kernindikatoren zusammengetragen und dankenswerterweise verfügbar gemacht (<https://indikatoren-land.nrw.de/liki/index.php>).

⁶ Eine zentrale Voraussetzung für die Anwendung von Wordfish ist, dass die verwendeten Texte ähnliche Datengenerierungsprozesse durchlaufen. Konkret sollten etwa nicht grundsätzlich verschiedene Texttypen (etwa Parteiprogramme und Pressemitteilungen) in einem Modell berücksichtigt werden, da sich die verwendete Sprache wahrscheinlich systematisch unterscheidet (Proksch und Slapin 2009). Unsere Analyse von Wahlprogrammen sollte diese Voraussetzung erfüllen.

(version 2.1.1; Benoit et al. 2018). Bei der Aufbereitung der Texte haben wir ein paar Standardverfahren angewendet (siehe etwa Lucas et al. 2015), wie etwa den Ausschluss von „Stopwords“ – Wörter die häufig in der Sprache vorkommen, aber keine besondere inhaltliche Bedeutung haben wie etwa „das“ oder „und“. Weiterhin haben wir alle Parteinamen bzw. Parteiabkürzungen ausgeschlossen, da diese offensichtlich die Schätzung verzerren würden. Gleiches gilt für die Namen der Bundesländer, die wir entsprechend auch entfernt haben. Ergänzend hierzu haben wir Satzzeichen und Zahlen entfernt und „Stemming“ angewendet. Beim Stemming handelt es sich um ein Verfahren, das Wörter auf ihren Wortstamm reduziert. So führt Stemming beispielsweise dazu, dass die Wörter „gingen“ und „ging“ auf zweites reduziert und in der Konsequenz identisch behandelt werden. Schlussendlich legen wir noch die Bedingung fest, dass ein Wort in mindestens zwei Texten vorkommen muss. Damit verhindern wir, dass die Schätzung durch die häufige Verwendung eines Worts in einem einzelnen Text verzerrt wird.

4 Ergebnisse

Wir analysieren die waldpolitischen Aussagen der deutschen Parteien in zwei Schritten. Im ersten Schritt untersuchen wir, welche Faktoren beeinflussen, ob und in welchem Maß die Thematik in einem Wahlprogramm erwähnt wird. Denn trotz des angenommenen Bedeutungszuwachses der Waldpolitik im öffentlichen Diskurs und in der Bevölkerung ist es zunächst eine empirische Frage, ob sich dieser auch in Wahlprogrammen niederschlägt. Im zweiten Schritt widmen wir uns den Ergebnissen der Positionsschätzung und identifizieren Faktoren, die Unterschiede zwischen den Landesparteien erklären.

4.1 Adressierung von Waldpolitik in den Wahlprogrammen

In die Analyse gehen 562 Wahlprogramme ein. Ein Drittel der Texte (183) beschäftigt sich nicht mit der Waldpolitik. Für die anderen Texte zeigt sich, dass sich teils längere Passagen auf das Politikfeld beziehen. Abb. 1 stellt den Zusammenhang zwischen Partei und Textlänge deskriptiv dar. Auf der Y-Achse ist die Länge der Texte anhand der Anzahl der verwendeten Wörter abgebildet.⁷ Die einzelnen Punkte repräsentieren jeweils ein Wahlprogramm. Insgesamt macht die Abbildung Unterschiede in der Textlänge deutlich, was als erster Hinweis auf unterschiedliche Schwerpunktsetzungen der sechs Parteien in diesem Politikfeld gelten kann. So zeigt sich, dass die Passagen in Wahlprogrammen von B'90/Grüne deutlich länger sind als in der entsprechenden Referenzgruppe. Die AfD und die kleine Gruppe der Sonstigen Parteien haben die im Median kürzesten Textabschnitte mit Bezug zur Waldpolitik.

Abb. 1 verdeutlicht, dass sich teils recht umfangreiche Passagen mit der Waldpolitik beschäftigen. Eine weitere Präzisierung der vorherigen Befunde, in welchem

⁷ Zu beachten ist, dass die Achse log10-transformiert ist, da ansonsten einige wenige sehr lange Texte die Darstellung verzerren würden.

Abb. 1 Anzahl an Tokens (Wörter) zum Thema „Waldpolitik“. *Hinweis:* Abbildung zeigt *Boxplots* mit 25%, 50% und 75% Perzentilen. *Punkte* stellen einzelne Beobachtungen dar. Y-Achse ist zur besseren Darstellung *log10*-transformiert

Abb. 2 Salienz der Waldpolitik nach Partei

Umfang Parteien das Politikfeld adressieren und wann, erlaubt Abb. 2. Abgetragen wird der prozentuale Anteil der waldpolitischen Passagen an der Gesamtlänge des Textes auf der Y-Achse. Die X-Achse berichtet das Wahljahr. Für jede Partei wird dann ein „loess“-Smoother über die Daten gelegt, um zu analysieren, wie sich der Anteil über den Analysezeitraum hinweg entwickelt hat.

Zunächst zeigt sich, dass dieser Politikbereich grundsätzlich nur einen kleinen Teil der Wahlprogramme ausmacht. Der höchste Anteil wird mit 1,2% Anfang der 1990er-Jahre bei Bündnis 90/Die Grünen erreicht. Im Mittel machen die Passagen zum Politikfeld weniger als ein Prozent der Texte aus. Dabei scheinen die bereits konstatierten Unterschiede zwischen den Parteien zu bestehen. In Wahlprogrammen von B'90/Grüne machen die Ausführungen einen etwas höheren Anteil aus, was

man an der im Vergleich zu den anderen Parteien höheren Lage der Kurve erkennt. Dies ist ein Hinweis auf die von uns angenommene höhere Salienz der Thematik für diese Partei. Die AfD neigte insbesondere zu Zeiten ihrer Gründung dazu, Waldpolitik deutlich seltener als die restlichen Parteien zu adressieren. Der Anteil ist in den letzten Jahren jedoch angestiegen und nun auf vergleichbarem Niveau mit den übrigen Parteien. Bei der sehr heterogenen Gruppe der „Anderen“ Parteien zeigt sich ebenfalls ein Anstieg, für die letzten Jahre liegt die Bedeutung der Thematik auf ähnlichem Niveau wie bei Bündnis 90/Die Grünen. Für die länger etablierten Parteien lassen sich nur kleinere Änderungen über die Zeit hinweg feststellen. Bei den Grünen sticht der U-förmige Verlauf hervor: Sowohl Anfang der 1990er als auch Ende der 2010er liegt der Anteil vergleichsweise hoch, während er Anfang der 2000er seinen niedrigsten Wert hatte. Dieser niedrige Wert Anfang der 2000er lässt sich auch bei den anderen Parteien finden, wenngleich das Muster nicht so stark ausgeprägt ist. Insgesamt lässt sich festhalten, dass das Thema Waldpolitik von allen Parteien in geringem aber relativ konstantem Umfang adressiert wird.

Wir untersuchen die Unterschiede in der Adressierung von Waldpolitik in zwei Schritten. Unter Berücksichtigung alternativer Erklärungen analysieren wir zunächst, welche Faktoren beeinflussen, ob ein Wahlprogramm das Thema überhaupt adressiert. Entsprechend der dichotomen Ausprägung dieser abhängigen Variablen nutzen wir hierfür eine logistische Regressionsanalyse. In einem zweiten Schritt wird der Anteil der entsprechenden Passagen am gesamten Text erklärt. Da die Werte zwischen 0 und 1 variieren, nutzen wir hierfür ein generalisiertes lineares Modell mit binomialverteilter Zielvariable und log-Link-Funktion, welches diese Begrenztheit der möglichen Werte berücksichtigt.⁸ In die Analyse gehen 562 Programme ein, von denen sich 379 mit der Waldpolitik beschäftigen. Die Ergebnisse der Regressionsanalyse sind in Tab. 1 zusammengefasst. Hierbei zeigt sich zunächst ein zeitlicher Trend. Neuere Wahlprogramme widmen sich mit deutlich höherer Wahrscheinlichkeit der Waldpolitik. Der substantielle Effekt ist durchaus beachtlich. Liegt die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit dafür, dass Texte aus den Jahren 1990 bis 1995 entsprechende Passagen beinhalten bei 58 %, gilt dies für sieben von zehn der seit 2010 veröffentlichten Wahlprogramme.⁹ Interessanterweise ist es nicht so, dass die Ausführungen einen immer größeren Teil der Wahlprogramme ausmachen. Wie sich aus Modell 2 (Tab. 1) ergibt, verändert sich der Anteil der Waldpolitik an den Wahlprogrammen der Parteien nicht über die Zeit.

Neben einem Trend über die Zeit stellen wir systematische Unterschiede zwischen den Bundesländern fest. Sehr große Unterschiede bestehen insbesondere zwischen Flächenstaaten und Stadtstaaten. Die vorhergesagte Wahrscheinlichkeit dafür, dass Parteien aus Stadtstaaten Waldpolitik thematisieren, liegt bei 16 % gegenüber 81 % in Flächenstaaten. Dem entsprechen die Befunde zur Länge der entsprechenden Passagen. Wenngleich sich diese beiden Gruppen von Bundesländern nicht nur hinsichtlich ihrer Wälder unterscheiden, so deuten die Ergebnisse doch darauf hin, dass

⁸ Die zentralen Ergebnisse sind robust gegenüber unterschiedlichen Spezifikationen. Auch eine OLS-Regression liefert substantiell ähnliche Befunde.

⁹ Wie alle weiteren Befunde ist dieser Zusammenhang robust gegenüber der (Nicht-)Berücksichtigung von Landesverbänden der Parteien aus Stadtstaaten.

Tab. 1 Determinanten der Salienz von Waldpolitik

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Waldfläche (%)	0,03*	(0,01)	0,03**	(0,01)	0,03**	(0,01)
Stadtstaat	-2,79**	(0,44)	-1,93**	(0,33)	-2,19**	(0,42)
Neue Bundesländer	0,19	(0,32)	0,52**	(0,19)	0,42*	(0,17)
Naturnaher Wald (%)	-0,01	(0,02)	0,00	(0,01)	-0,00	(0,01)
Waldzustand	–	–	–	–	0,00	(0,01)
Jahr	0,06**	(0,01)	0,00	(0,01)	0,00	(0,01)
<i>Parteien</i>						
B'90/Grüne	0,43	(0,38)	0,37*	(0,15)	0,38*	(0,15)
Die Linke	-0,43	(0,40)	-0,17	(0,15)	-0,17	(0,15)
CDU/CSU	-0,13	(0,36)	0,27+	(0,14)	0,29*	(0,15)
AfD	-2,41**	(0,59)	-0,77*	(0,34)	-0,76*	(0,35)
FDP	-0,16	(0,36)	0,38*	(0,18)	0,42*	(0,19)
Sonstige	-1,32*	(0,65)	0,49	(0,36)	0,51	(0,37)
Konstante	0,21	(0,75)	-6,53**	(0,39)	-6,53**	(0,39)
N	562	–	562	–	481	–
Pseudo R ²	0,292	–	–	–	–	–
AIC	–	–	0,100	–	–	0,115

Die abhängige Variable identifiziert Wahlprogramme, die Waldpolitik thematisieren (Modell 1), bzw. den jeweiligen Anteil entsprechender Passagen am Wahlprogramm (Modelle 2 und 3). Referenzkategorie sind SPD-Landesverbände (in westdeutschen Flächenstaaten)

Statistische Signifikanz: + $p < 0,1$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$

ein gewisser politischer Gestaltungsspielraum Voraussetzung dafür ist, dass Parteien das Politikfeld überhaupt thematisieren. Dies zeigt sich auch an den Unterschieden, die mit der Waldfläche einhergehen.¹⁰ Je größer diese in einem Bundesland anteilig ist, umso größer die Wahrscheinlichkeit, dass sich die Parteien in ihren Wahlprogrammen mit Waldpolitik befassen und umso länger die relevanten Abschnitte. Keinen Einfluss auf das Ausmaß der Auseinandersetzung mit dem Thema hat die Naturnähe des Baumbestandes. Wie groß der Anteil des (sehr) naturnahen Walds ist, hat keinen Einfluss darauf, ob ein Text waldpolitische Passagen enthält und wie umfangreich diese sind.¹¹ Ebenfalls keinen Einfluss hat der Zustand des Waldes. Wie sich aus Modell 3 (Tab. 1) ergibt, spiegeln sich die Unterschiede zwischen den Bundesländern und auch Veränderungen über die Zeit nicht in der Programmatik der Parteien wider.¹² Dies ist durchaus überraschend, da die Länder in sehr unterschiedlichem Maße von Waldschadereignissen betroffen sind und zu erwarten wäre, dass Parteien sich dort/dann stärker mit der Waldpolitik auseinandersetzen, wenn der Problemdruck höher ist.

¹⁰ Dabei ist anzumerken, dass die beiden Variablen durchaus unterschiedliche Aspekte erfassen. So ist der Waldanteil von Berlin höher als der von Schleswig-Holstein und kaum kleiner als der von Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen (Statistisches Bundesamt 2021).

¹¹ Ebenfalls keinen Einfluss auf die Existenz und Länge waldpolitischer Passagen hat der Waldzustand.

¹² Die Zahl der im entsprechenden Regressionsmodell berücksichtigten Beobachtungen ist kleiner, da nicht für alle Bundesländer und Jahre Informationen zum Waldzustand vorliegen.

Auch unter Berücksichtigung von Variablen, die zeitliche Effekte und den Kontext erfassen, bestehen weiterhin Unterschiede zwischen den Parteien hinsichtlich der Wahrscheinlichkeit sich zu positionieren. Insbesondere zeigt sich, dass die AfD und die kleineren Parteien waldpolitische Fragen seltener thematisieren als die anderen Parteien.¹³ Zwischen diesen gibt es nur geringe Unterschiede. Jeweils etwa drei von vier der betrachteten Wahlprogramme enthalten entsprechende Passagen. Für B'90/Grüne zeigt sich, dass diese Partei solche Fragen nicht unbedingt häufiger thematisiert als die anderen Parteien (Modell 1). Allerdings widmen sie sich dem Thema ausführlicher (Modell 2). Das gleiche Muster beobachten wir für CDU/CSU und für die FDP.

4.2 Ergebnisse der quantitativen Textanalyse

Kommen wir nun zu den Ergebnissen der Wordfish-Schätzung. Hierfür zeigen Tab. 2 und Abb. 3 jeweils die Wörter, die von Wordfish als besonders relevant für die Positionierung der Texte auf der geschätzten Dimension identifiziert wurden. Es wird deutlich, dass die identifizierten skalierenden Wörter in hohem Maße mit unserer Annahme einer „Schutz- vs. Nutzfunktion“-Dimension in der deutschen Waldpolitik einhergehen. So sind für das linke Ende der Dimension Wörter wie „Kalkungen“, „belasten“ und „schonende“ prägend, die allesamt einer Schutzposition zugeordnet werden können. Hingegen finden sich am anderen Ende der Dimension Begriffe wie „Bauholz“, „Möbeln“ und „Zellstoff“, die eindeutig einer am wirtschaftlichen Nutzen der Wälder und Forste ausgerichteten Politik zugeordnet werden können.¹⁴

Tab. 2 Die zehn Wörter mit den stärksten Ladungen (beta-Werte) für die Positionierung der Programme als an der „Schutz-“ bzw. „Nutz“-Funktion orientiert basierend auf „Wordfish“-Schätzung

Rang	„Schutzfunktion“	„Nutzfunktion“
1	kalkungen	möbeln
2	forstflächen	bauholz
3	kostendeckende	strom
4	belasten	zellstoff
5	wären	jagdsystem
6	betrachtet	wärme
7	getrennt	stärkt
8	jahrzehnte	stärkt
9	schonende	effiziente
10	pefc	betriebsformen

¹³ Dabei ist anzumerken, dass die Gruppe der Sonstigen sehr heterogen ist. Konkret widmen sich die Freien Wähler in allen der fünf berücksichtigten Wahlprogramme der Waldpolitik, während sich die Piraten in keinem von vier Texten hierzu positionieren.

¹⁴ Dabei ist es nicht so, dass die Methode alle Worte entsprechend der Erwartung verortet. So findet sich bei den „linken“ Begriffen das Akronym PEFC, das für ein weniger strenges Waldzertifizierungssystem steht, für dessen Verwendung sich in den ausgewerteten Sätzen vor allem die FDP ausspricht. Solche „Treffer“ gehören zu den Eigenarten automatisierter Verfahren, insgesamt erscheinen die produzierten Ladungen der Wörter recht valide.

Abb. 3 Ladung ausgewählter Wörter basierend auf der „Wordfish“-Schätzung. Hinweis: X-Achse zeigt Ladung der Wörter auf die latente Dimension. Y-Achse ist der Wort Fixed-Effekt. Wörter die für Positionierung besonders relevant sind finden sich links und rechts unten. Im Sinne der Übersichtlichkeit werden nicht alle Wörter dargestellt

Abb. 4 Waldpolitische Positionen der Parteien. Hinweis: Abbildung zeigt *Boxplots* mit 25 %, 50 % und 75 % Perzentilen. *Punkte* stellen einzelne Beobachtungen dar

Abb. 4 ergänzt diesen Befund dahingehend, dass hierbei auch deutlich wird, welche Wörter nur einen geringen Einfluss auf die Positionierung haben. Dies sind die Wörter, welche auf der X-Achse nahe am Wert null liegen und hohe Werte auf der Y-Achse aufweisen. Wenig überraschend handelt es sich hierbei unter anderem um den Begriff „Wald“, da dieser Begriff in allen Programmen verwendet wird. Aber auch der Begriff „schutz“ hat wenig Einfluss, was eventuell als widersprüchlich zu der identifizierten Dimension interpretiert werden kann. Wir sehen dies jedoch eher als inhaltlichen Befund: Während die Verwendung des „Schutz“-Begriffs in Wahlprogrammen üblich zu sein scheint, äußert sich die inhaltliche Positionierung vornehmlich durch die konkrete Adressierung von Schutzkonzepten, wie sie in Tab. 2 abgetragen sind. Zusammenfassend lässt sich somit sagen, dass sich durch die quantitative Textanalyse eine recht klare Positionierung der Wahlprogramme in der Waldpolitik identifizieren lässt und sich diese als Konflikt zwischen Schutz- und Nutzfunktion beschreiben lässt. Eine davon getrennte Thematisierung der Erholungsfunktion konnten wir – zumindest in den eindeutig walddpolitisch ausgerichteten Passagen – nicht feststellen (vgl. Abschnitt 4.4).

4.3 Unterschiede in der Positionierung

Ausgehend von den Erkenntnissen der textanalytischen Auswertung werden in der Folge die formulierten Hypothesen unter Berücksichtigung alternativer Erklärungen systematisch überprüft. Untersucht werden die walddpolitischen Positionen, die sich aus den entsprechenden Passagen der Wahlprogramme zu Landtagswahlen ergeben. Einen Überblick gibt Abb. 4, die – getrennt nach den Parteien – die Verteilung der Positionen darstellt. Es zeigen sich bisweilen deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. So sind etwa die Werte für B'90/Grüne und Die Linke deutlich kleiner bzw. im negativen Wertebereich, was hier eine stärkere Ausrichtung an der Schutzfunktion meint, als insbesondere die Werte für die CDU/CSU. Es zeigen sich zudem deutlich Unterschiede innerhalb der Parteien. Während etwa Grüne und Christdemokraten vergleichsweise homogen sind, was ihre walddpolitische Position angeht, zeigt sich bei der Linken und vor allem bei der FDP eine deutlich größere Bandbreite.

Da die Positionen der Parteien metrisch gemessen sind, verwenden wir ein lineares Regressionsmodell. Die Ergebnisse sind in Tab. 3 dargestellt. Das erste Modell berücksichtigt neben möglichen Unterschieden zwischen den Parteien auch Variablen, die temporäre und regionale Unterschiede identifizieren können. Das zweite Modell berücksichtigt zudem den Waldzustand als mögliche Erklärung für die Positionierung der Parteien. Modell 3 weist die Robustheit der Unterschiede zwischen den Parteien nach.

Entgegen unserer dritten Hypothese ist es nicht so, dass Parteien zunehmend eine Walddpolitik vertreten, die an der Schutzfunktion von Wäldern ausgerichtet ist. Allenfalls gibt es einen schwachen entgegengesetzten Effekt. Es zeigt sich außerdem, dass Merkmale des Waldes beeinflussen, wie sich die Parteien im jeweiligen Bundesland positionieren. Walddpolitik wird dann stärker an der Nutzfunktion ausgerichtet, wenn Wälder die Bundesländer flächenmäßig stärker prägen. Die Ergebnisse deuten zudem darauf hin, dass Zusammensetzung und Zustand der Wälder beeinflussen, wie sich Parteien in der Walddpolitik positionieren. Je naturnäher die Wälder sind,

Tab. 3 Analyse der waldpolitischen Positionen von Landesparteien

	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
Waldfläche (%)	0,02**	(0,01)	0,02**	(0,01)	–	–
Stadtstaat	0,22	(0,27)	0,71*	(0,35)	–	–
Neue Bundesländer	0,32*	(0,13)	0,45**	(0,15)	–	–
Naturnaher Wald (%)	0,01	(0,01)	0,02**	(0,01)	–	–
Waldzustand	–	–	–0,01*	(0,01)	–	–
Jahr	0,01	(0,01)	0,01	(0,01)	0,01	(0,01)
<i>Parteien</i>						
B'90/Grüne	–0,35*	(0,15)	–0,35*	(0,15)	–0,36*	(0,15)
Die Linke	–0,13	(0,17)	–0,18	(0,18)	–0,12	(0,17)
CDU/CSU	0,64**	(0,15)	0,71**	(0,15)	0,63**	(0,15)
AfD	0,12	(0,33)	0,13	(0,33)	0,09	(0,34)
FDP	0,27+	(0,15)	0,38*	(0,16)	0,28+	(0,15)
Sonstige	0,20	(0,33)	0,26	(0,33)	0,11	(0,34)
Konstante	–1,26**	(0,31)	–1,44**	(0,33)	–0,20	(0,14)
N	379	–	353	–	379	–
Korrigiertes R ²	0,147	–	0,175	–	0,104	–

Die abhängige Variable ist die mittels Wordfish geschätzte Position der Wahlprogramme. Referenzkategorie sind die SPD-Landesverbände (in westdeutschen Flächenstaaten)

Statistische Signifikanz: + $p < 0,1$, * $p < 0,05$, ** $p < 0,01$

umso stärker orientieren sich die Parteien an der Nutzfunktion. Hingegen geht ein schlechterer Zustand des Waldes mit einer Betonung der Schutzfunktion einher.

Was Unterschiede zwischen den Parteien angeht, entsprechen die Ergebnisse der Regressionsanalyse in weiten Teilen unseren Erwartungen und bestätigen das Muster, das sich aus Abb. 4 ergibt. In der Gesamtschau können die Hypothesen 1 und 2 als vorläufig bestätigt betrachtet werden. Tatsächlich vertreten die FDP und vor allem die CDU/CSU eine Waldpolitik, die stärker an der Nutzfunktion ausgerichtet ist. Dies deckt sich etwa mit Befunden von Göhrs, Hubo und Krott (2021a). Die AfD hingegen nimmt, entgegen unserer ersten Hypothese, eher eine mittlere Position ein. Die Befunde zur AfD entsprechen damit zusammengekommen bisherigen Befunden zu ihrer Programmatik: Zum einen beschäftigt sie sich deutlich weniger mit Themen, die nicht zu ihrem Kern gehören (vgl. Bräuninger et al. 2020, S. 58). Zum anderen ist sie in Fragen, die ökonomische Themen tangieren, wie dies auch für die Waldpolitik gilt, deutlich heterogener als in vielen gesellschaftspolitischen Fragen. Hingegen richten B'90/Grüne, Die Linke und die SPD – entsprechend unserer zweiten Hypothese – ihre Positionen stärker an der Schutzfunktion von Wäldern aus. B'90/Grüne stechen hier nochmals heraus: sie beschäftigen sich nicht nur umfassender mit dieser Thematik, sondern beziehen gleichzeitig auch eindeutig Position.

4.4 Dimensionalität der Politikpositionen

Das oben präsentierte Wordfish-Modell hat eine recht klar zu identifizierende Konfliktdimension in der Waldpolitik aufgezeigt: Den parteipolitischen Streit über die Schutz- und Nutzfunktion der deutschen Wälder. Die ebenfalls häufig in der Literatur

diskutierte Erholungsfunktion konnte hierbei jedoch nicht als zentrales Konfliktthema erkannt werden. Dies ist insofern überraschend, als dass die Walderholung in einigen Bundesländern schon seit Jahren von zuweilen heftigen Konflikten zwischen Spaziergänger:innen, Reiter:innen, Mountainbiker:innen und Personen, die verschiedenen weiteren Outdooraktivitäten nachgehen, gekennzeichnet ist (Löser 2013). Aufgrund dieser Konflikte haben sich Parteien teils klar hinsichtlich der Thematik positioniert. So forderte beispielsweise die hessische SPD in ihrem Wahlprogramm von 2013 „ein gemeinsames, verbindliches und auf die jeweilige Region zugeschnittenes Nutzungskonzept“, welches dazu beitrage „illegale Mountainbike-Strecken und Geocaching-Routen zu vermeiden und die Situation zu befrieden“. Und weiter: „Ein echter Interessenausgleich aller Nutzerinnen und Nutzer des Waldes ist möglich.“ Zudem versuchten auch Landesregierungen die Konflikte in Wäldern und Forsten durch entsprechende Regelungen zu beruhigen. So schränkte beispielsweise Bayern das Fahrradfahren im Wald durch eine Verwaltungsvorschrift deutlich ein (Gabriel 2021).

Dies könnte drei maßgebliche Gründe haben. Erstens kann es sein, dass die Erholungsfunktion von Wäldern in den Wahlprogrammen keine oder nur eine geringe Erwähnung findet und daher auch nicht zur Positionierung der Parteien in der Wordfish-Schätzung beitragen kann. Zweitens ist es möglich, dass die Erholungsfunktion in den Wahlprogrammen zwar ausreichend thematisiert wird, hierüber aber kein allzu großer Konflikt besteht und diese Thematik daher nicht durch die Wordfish-Analyse aufgedeckt wird. Drittens, besteht die Möglichkeit, dass die Erholungsfunktion hinreichend thematisiert wird und hierbei auch unterschiedliche Positionen eingenommen werden – die Wordfish-Analyse aber nicht in der Lage ist diese zu erkennen, beispielsweise weil diese Konfliktdimension quer zu dem oben identifizierten Parteienkonflikt liegt und die Eindimensionalität von Wordfish daher nicht in der Lage ist diese Dimension zusätzlich abzubilden.

Um zu überprüfen, ob die Erholungsdimension schlichtweg zu selten in den Parteiprogrammen diskutiert wird, haben wir daher auch verschiedene Topic Model-Verfahren angewendet. Topic Models stellen Verfahren dar, die dazu geeignet sind aus Textmengen unterschiedliche Themen zu identifizieren. Dabei müssen in der Regel nur die Anzahl der zu berechnenden Topics angegeben werden. Konkret haben wir sowohl das „Structural Topic Model“ (STM; Roberts et al. 2014) als auch das kürzlich entwickelte „Keyword Assisted Topic Model“ (keyATM; Eshima et al. 2020) angewendet. Beide Topic Models erlauben es, dass Kontextvariablen in den Berechnungsprozess eingeschlossen werden und dadurch eine verbesserte Identifizierung der Themen erfolgen kann. Das keyATM ermöglicht es weiterhin, dass bestimmte Themen durch das Einschließen von „Keywords“ vorgegeben werden. Diese Eigenschaft von keyATM nutzen wir, indem wir Wörter, die zur Erholungsfunktion gehören, in die Berechnung miteinfließen lassen.¹⁵ In allen Fällen findet das Topic Model jedoch keine nennenswerten Textanteile, die auf einen relevanten Textanteil der Erholungsfunktion von Wäldern in den analysierten Textpassagen schließen lassen. Wir schließen daraus, dass die Erholungsfunktion schlichtweg zu

¹⁵ Konkret nutzen wir die Wörter: „Tourismus“, „reiten“, „wandern“, „Erholung“, „Naherholung“ und „Landschaft“.

selten in den Programmen thematisiert wird, um bei der Analyse von Wahlprogrammen eine eigenständige Konfliktdimension darzustellen.

5 Fazit

Der Beitrag untersucht, wie sich die Parteien in den Gliedstaaten hinsichtlich der Waldpolitik positionieren und inwieweit Parteiendifferenzen konstatiert werden können. Den Hintergrund der Analyse bildet der in Deutschland bestehende hohe Nutzungsdruck auf die Wälder, die divergierenden Ansprüche an die Waldfunktionen sowie die beträchtlichen walddpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Länder. Der verwendete Datensatz umfasst die relevanten Textauszüge in den Wahlprogrammen der sechs Parteien im Zeitraum von 1990 bis 2019. Diese wurden zudem durch einzelne, waldbezogene Strukturvariablen der Länder ergänzt.

Die Analyse zeigt, dass zwischen den Parteien relevante Unterschiede hinsichtlich der von ihnen favorisierten Waldpolitik bestehen. Dabei ist zunächst zu konstatieren, dass sich ein Großteil der Landesparteien mit dem Thema beschäftigt. Etwa drei von vier Wahlprogrammen befassen sich mit der Thematik, bei B'90/Grüne fällt der Anteil etwas größer aus, während sich in Wahlprogrammen der AfD etwas seltener entsprechende Passagen finden. Diese Muster korrespondieren somit eng mit den von Göhrs und Hubo (2018), Geilhof et al. (2019) sowie Hubo und Göhrs (i.d.B.) vorgelegten Befunden hinsichtlich der hervorgehobenen Bedeutung von Waldpolitik für diese Partei. Darüber hinaus finden sich systematisch Unterschiede zwischen den Bundesländern. So widmen sich Parteien in den ostdeutschen Bundesländern, sowie in Bundesländern mit größeren Waldflächen dem Thema signifikant ausführlicher.

Wir bestimmen und erklären Positionen zur Waldpolitik basierend auf Verfahren der quantitativen Textanalyse. Unsere Ergebnisse zeigen, dass diese Verfahren durchaus in der Lage sind wesentliche inhaltliche Konfliktdimensionen – wie etwa in der deutschen Waldpolitik – zu identifizieren. Wie bei allen automatisierten textanalytischen Verfahren liegt ihr Mehrwert in der systematischen und ressourcenschonenden (Zeit- und Aufwand) Auswertung einer großen Textmenge. Dadurch können allgemeine Muster und längerfristige Trends in den Daten identifiziert werden, wobei zugleich klar sein muss, dass nicht jede geschätzte Position auch mit einer qualitativen Einschätzung des Inhalts übereinstimmt. In dieser Hinsicht ergänzen die Methoden der quantitativen Textanalyse eine qualitative Herangehensweise an die Thematik und stehen gerade nicht in einem Konflikt dazu.

Die Validität unserer Positionsschätzung wird dadurch unterstrichen, dass die von uns identifizierten Muster gleich mehreren Befunden aus der bisherigen Forschung entsprechen (vgl. etwa Göhrs et al. 2021a, b). So können wir klare Unterschiede in den Positionierungen ökonomisch eher linker bzw. rechter Parteien identifizieren. Während B'90/Grüne am nächsten beim „Schutz“-Pol der inhaltlichen Dimension positioniert sind, betonen CDU/CSU und FDP die Nutzfunktion. Dabei wird auch deutlich, dass eine umfangreichere Auseinandersetzung mit dem Thema nicht mit einer bestimmten Position einhergehen muss. So zeigt sich, dass die drei genannten Parteien sehr unterschiedliche Positionen einnehmen, aber alle der Waldpolitik mehr Aufmerksamkeit widmen als die anderen untersuchten Parteien. Das vielleicht über-

raschendste Ergebnis betrifft Veränderungen über die Zeit. Wir beobachten nicht nur, dass der Umfang walddpolitischer Passagen stabil ist, sondern auch – entgegen unserer Erwartung – dass es nicht zu einer zunehmenden Ausrichtung an der Schutzfunktion von Wäldern kam.

Aus unseren Befunden ergibt sich eine Reihe von Anschlussfragen für die zukünftige Forschung. Zunächst können die berechneten Positionen eine Quelle für zukünftige Analysen im Bereich der Policy-Analyse darstellen. So wäre es hierüber beispielsweise möglich zu überprüfen, ob Parteien bzw. Regierungen die sich stärker am „Nutz“-Pol der Dimension positionieren auch andere Politikergebnisse im Bereich der Waldpolitik hervorbringen. Gerade im Kontext immer komplexer werdender Koalitionen auf Länderebene, können metrisch gemessene Positionen hierbei möglicherweise ein verbessertes Maß liefern als lediglich die an Regierungen beteiligten Parteien und/oder Minister:innen (vgl. Ewert et al. 2018). Eine weitere Forschungsmöglichkeit besteht in der engeren Verknüpfung der Analyse von Wahlprogrammen und Koalitionsverträgen. So ließe sich auf Basis der geschätzten Positionen etwa analysieren, welche Parteien sich bei Koalitionsverhandlungen in diesem Politikbereich eher durchsetzen. Aufgrund der vergleichsweise geringen Bedeutung der Waldpolitik für einige Parteien, wäre insbesondere zu erwarten, dass B'90/Grüne eher in der Lage sind ihre Position durchzusetzen. Ob dies tatsächlich der Fall ist, gilt es aber empirisch zu überprüfen.

Danksagung Eine frühere Version dieses Beitrags wurde beim Workshop „Die Rolle politischer Parteien in der Umweltpolitik“ vorgestellt. Wir danken den Teilnehmer:innen sowie drei anonymen Gutacher:innen für ihre wertvollen und konstruktiven Kommentare. Besonderer Dank gilt Christiane Hubo, Simon Fink und Annette E. Töller für die Organisation und für die inhaltlichen Rückmeldungen. Herzlicher Dank an Lena Wolff und Niklas Gaus für die Unterstützung bei der Finalisierung des Beitrags.

Funding Der Beitrag wurde im Rahmen des Projektes „Politik des ländlichen Raums: Gestaltungsmöglichkeiten und Gestaltungswillen am Beispiel der Agrarpolitik“ verfasst, welches vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Mecklenburg-Vorpommern (2017–2020) gefördert wurde.

Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- B'90/Grüne. 2020. Klimaschutz ist Waldschutz ist Klimaschutz. <https://www.gruene-bundestag.de/themen/biologische-vielfalt-naturschutz/klimaschutz-ist-waldschutz-ist-klimaschutz>. Zugegriffen: 11. Febr. 2021.
- Benoit, Kenneth, Thomas Bräuninger, und Marc Debus. 2009. Challenges for estimating policy preferences: announcing an open access archive of political documents. *German Politics* 18(3):441–454.
- Benoit, Kenneth, Kohei Watanabe, Wang Haiyan, Paul Nulty, Adam Obeng, Stefan Müller, und Akitaka Matsuo. 2018. quanteda: An R package for the quantitative analysis of textual data. *Journal of Open Source Software* 3(30):774.
- Böhling, Kathrin. 2018. Forstpolitik in der EU. Ohne Vertragsgrundlage, aber mit Konsequenzen für forstliche Akteure. *LWF Aktuell* 116:49–51.
- Bräuninger, Thomas, Marc Debus, Jochen Müller, und Christian Stecker. 2020. *Parteienwettbewerb in den deutschen Bundesländern*, 2. Aufl., Wiesbaden: Springer VS.
- Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL). 2016. *Ergebnisse der Bundeswaldinventur 2012*.
- Bürger-Arndt, Renate. 2013. Waldfunktionen und Ökosystemleistungen im wissenschaftlichen Diskurs. In *Der Nutzen von Ökonomie und Ökosystemleistungen für die Naturschutzpraxis. Workshop III: Wälder*, Hrsg. Irene Ring, 24–30. Leipzig: Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung, unter Mitarbeit von Imma Schniewind.
- De Sio, Lorenzo, und Till Weber. 2014. Issue Yield: A Model of Party Strategy in Multidimensional Space. *American Political Science Review* 108(4):870–885.
- Eshima, Shusei, Kosuke Imai, und Tomoya Sasaki. 2020. Keyword assisted topic models. <https://arxiv.org/abs/2004.05964>. Zugegriffen: 14. Febr. 2021.
- Ewert, Stefan, Michael Jankowski, und Jochen Müller. 2018. Politikpositionen von Regierungen im Ländervergleich. Heterogenität am Beispiel der Agrarpolitik. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(4):683–702.
- Frankfurter Allgemeine Zeitung. 2019. Klöckner will mehrere Millionen Bäume pflanzen. <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/julia-kloeckner-will-programm-zur-aufforstung-der-deutschen-waelder-16271555.html>. Zugegriffen: 3. Sept. 2020.
- Gabriel, Oliver. 2021. Bayern erschwert das Mountainbikefahren im Wald. <https://www.forstpraxis.de/bayern-erschwert-das-mountainbikefahren-im-wald/>. Zugegriffen: 24. Mai 2021.
- Geilhof, Michel, Christiane Hubo, und Max Göhrs. 2019. Der Einfluss politischer Parteien auf die Zertifizierung der staatlichen Forstwirtschaft in Deutschland. *Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht* 42(2):161–184.
- Göhrs, Max, und Christiane Hubo. 2018. Politische Parteien als Bündnispartner für den Waldnaturschutz. *Allgemeine Forst- und Jagdzeitung* 190(11/12):241–250.
- Göhrs, Max, Christiane Hubo, und Max Krott. 2021a. Partisan theory in forest nature conservation policy: empirical evidence based on four German conflict issues. *Forest Policy and Economics* 127:1–9.
- Göhrs, Max, Christiane Hubo, und Max Krott. 2021b. Political parties' influence on environmental policy in the forest: Natura 2000 forest sites in Germany as a case study. *Environmental Policy and Governance* <https://doi.org/10.1002/eet.1937>.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2007. The growing importance of issue competition: the changing nature of party competition in Western Europe. *Political Studies* 55(3):607–628.
- Green-Pedersen, Christoffer. 2019. *The reshaping of West European party politics. Agenda-setting and party competition in comparative perspective*. Oxford: Oxford University Press.
- Grimmer, Justin, und Brandon M. Stewart. 2013. Text as data: the promise and pitfalls of automatic content analysis methods for political texts. *Political Analysis* 21(3):267–297.
- Hildebrandt, Achim, und Frieder Wolf. 2016. *Politik in den Bundesländern: Zwischen Föderalismusreform und Schuldenbremse*. Wiesbaden: Springer VS.
- Inglehart, Ronald. 1977. *The silent revolution: changing values and political styles among western publics*. Princeton: Princeton University Press.
- Knill, Christoph, Marc Debus, und Stephan Heichel. 2010. Do parties matter in Internationalised policy areas? The impact of political parties on environmental policy outputs in 18 OECD countries, 1970–2000. *European Journal of Political Research* 49(3):301–336.
- Krott, Max. 2005. *Forest policy analysis*. Dordrecht: Springer.

- Löser, Tobias. 2013. Waldnutzungskonflikte durch Outdooraktivitäten. Eine Analyse am Beispiel der touristischen Destination Sauerland. <https://www.uni-marburg.de/de/fb19/forschung/reihen/geofocus-marburg-pdf/geofocus6.pdf>. Zugegriffen: 24. Mai 2021.
- Lucas, Christopher, Richard Nielsen, Margaret E. Roberts, Brandon M. Stewart, Alex Storer, und Dustin Tingley. 2015. Computer assisted text analysis for comparative politics. *Political Analysis* 2(2):254–277.
- Mayring, Philipp. 2000. Qualitative content analysis. *Forum: Qualitative Social Research* <https://doi.org/10.17169/fqs-1.2.1089>.
- Metzger, Birgit. 2015. „Erst stirbt der Wald, dann du!“ *Das Waldsterben als westdeutsches Politikum* (1978–1986). Frankfurt/Main: Campus.
- Meyer, Peter, Marcus Schmidt, Hermann Spellmann, Ute Bedarff, Jürgen Bausch, Albert Reif, und Volker Späth. 2011. Aufbau eines Systems nutzungsfreier Wälder in Deutschland. *Natur und Landschaft* 86(6):243–249.
- Pappi, Franz Urban, und Susumu Shikano. 2002. Die politisierte Sozialstruktur als mittelfristig stabile Basis einer deutschen Normalwahl. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 54(3):444–475.
- Probst, Lothar. 2013. Bündnis 90/Die Grünen (GRÜNE). In *Handbuch Parteienforschung*, Hrsg. Oskar Niedermayer, 509–540. Wiesbaden: Springer VS.
- Proksch, Sven-Oliver, und Jonathan B. Slapin. 2009. How to avoid pitfalls in statistical analysis of political texts: the case of Germany. *German Politics* 18(3):323–344.
- Roberts, Margaret E., Brandon M. Stewart, Dustin Tingley, Christopher Lucas, Jetson Leder-Luis, Shana Kushner Gadarian, Bethany Albertson, und David G. Rand. 2014. Structural topic models for open-ended survey responses. *American Journal of Political Science* 58(4):1064–1082.
- Sabatier, Paul, John Loomis, und Catherine McCarthy. 1995. Hierarchical controls, professional norms, local constituencies, and budget maximization: an analysis of U.S. Forest Service planning decisions. *American Journal of Political Science* 39(1):204–242.
- Sack, Detlef, und Annette Elisabeth Töller. 2018. Einleitung: Policies in den deutschen Ländern. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(4):603–619.
- Slapin, Jonathan, und Sven-Oliver Proksch. 2008. A scaling model for estimating time-series policy positions from texts. *American Journal of Political Science* 52(3):705–722.
- Spielvogel, Klaus. 2008. Oasen in Stadt und Land. Wald als Erholungsort stärkt den ländlichen Raum. *LFW Aktuell* 62:10–11.
- Spoon, Jae-Jae, Sara B. Hobolt, und Catherine E. de Vries. 2014. Going green: explaining issue competition on the environment. *European Journal of Political Research* 53(2):363–380.
- Statistisches Bundesamt. 2021. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Branchen-Unternehmen/Landwirtschaft-Forstwirtschaft-Fischerei/Wald-Holz/Tabellen/waldflaeche-bundeslaender.html>. Zugegriffen: 20. Aug. 2021.
- Töller, Annette Elisabeth. 2017. Verkehrte Welt? Parteien(in)ferenz in der Umweltpolitik am Beispiel der Regulierung des Frackings. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 27(2):131–160.
- Winkel, Georg. 2007. *Waldnaturschutzpolitik in Deutschland: Bestandsaufnahme, Analysen und Entwurf einer Story-Line*. Remagen-Oberwinter: Kessel.